



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

---

Es informiert Sie:	Florian Pinnow
Telefon:	02104 99 2253
Fax:	02104 99 5253
E-Mail:	florian.pinnow@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 21.09.2022

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 08.09.2022, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Ina Bisani

#### **Mitglieder**

Susanne Brandenburg

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Sandra Ernst

Schabestan Gafari

Jens Geyer

Tabea Haberpursch

Brigitte Hagling

Annette Kirchhoff

Marion Klaus

Jörg Koch

Petra Kotthaus

Nils Lessing

Markus Meiser

Sybille Schettgen

Margret Stolz

#### **Verwaltung**

Antje Arnolds

Tobias Jahn

Fanny Keil-Rother

Marcus Kowalczyk

Marie Louis

Thomas Müller  
Florian Pinnow  
Dr. Ruzica Susenburger  
Dorothea Weiß

**Gäste**

Birgit Janssen  
Orion Raunig

(16:45 - 18:30 Uhr)

**Tagesordnung**

**Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.05.2022
3. Informationen der Verwaltung
4. Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes 53/011/2022
5. Corona-Krise: Aktuelle Lage im Kreis Mettmann  
Hier: Mündlicher Bericht
6. Bündnis gegen Depressionen 53/013/2022
7. Between the Lines 53/005/2022/1  
Hier: Gesamtdarstellung
8. Aufgabenänderungen im Begleitenden Dienst 57/004/2022
9. Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW (Haushalt 2022)  
- Überplanmäßige Mittel der Kostenstelle K05010101 - Eingliederungshilfe nach dem SGB IX 20/015/2022
10. Nachträge
  - 10.1. Übersicht Beratungsstellen zu Schwangerschaft, Schwangerschaftskonflikten 53/014/2022

## Nicht öffentlicher Teil

11. Informationen der Verwaltung
12. Beteiligungsmanagement: Bericht über die Entwicklung der BAGS 20/012/2022
13. Beteiligungsmanagement: Bericht über die Entwicklung der WFB Werkstätten des Kreises Mettmann  
Hier: Mündlicher Bericht
14. Nachträge

## Öffentlicher Teil

### **Zu Punkt 1: Formalien**

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau KA Bisani, eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung fristgerecht am 26.08.2022 versandt worden ist.

Frau KA Bisani teilt mit, dass Frau KA Rotert durch Frau KA Brandenburg, Frau SB Zieger durch Frau KA Ernst und Frau KA Hruschka durch Frau KA Dr. Aßmann vertreten wird. Ferner hat sich Frau KA Onori kurzfristig entschuldigt und wird somit nicht an der Sitzung teilnehmen.

Daraufhin stellt Frau KA Bisani die Beschlussfähigkeit fest.

Frau KA Bisani schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 gemeinsam zu behandeln. Der Ausschuss folgt ihrem Vorschlag einstimmig. Sodann wird die Tagesordnung festgestellt.

Als Berichterstatteerin für den Kreistag wird Frau KA Hagling von der Fraktion der UWG-ME bestimmt.

### **Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.05.2022**

Die Niederschrift der Sitzung des Gesundheitsausschusses von 30.05.2022 wird ohne Änderungen einstimmig genehmigt.

### **Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Frau KA Bisani erteilt Herrn Kowalczyk das Wort. Dieser erläutert, dass es unter dem Tagesordnungspunkt nichts zu berichten gäbe.

### **Zu Punkt 4: Sachstandsbericht des Gesundheitsamtes - Vorlage Nr. 53/011/2022**

Frau Dr. Susenburger erklärt, dass der Sachstandsbericht als wiederkehrender Tagesordnungspunkt eingeführt wird. Der Bericht soll dem Gesundheitsausschuss eine regelmäßige, aktuelle Übersicht zu den Entwicklungen innerhalb des Amtes verschaffen. Anschließend stellt Frau Dr. Susenburger den Sachstandsbericht und den Tagesordnungspunkt 5 „Corona-Krise: Aktuelle Lage im Kreis Mettmann“ anhand einer Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als **Anlage 1 (öffentlich)** beigefügt ist, vor.

Der Ausschuss bedankt sich für den ausführlichen Sachstandsbericht und das Corona-Update. Frau KA Hagling erkundigt sich nach der Höhe der Kosten, die der Kreis durch Sor-

mas im kommenden Jahr zu erwarten hat, woraufhin Frau Dr. Susenburger eine Beantwortung der Frage im Protokoll zusichert. Ergänzend wird daher mitgeteilt, dass sich die Kosten (inkl. MwSt) für Sormas ab Januar 2023 auf 2.011,10 € monatlich belaufen.

Bzgl. des Betretungs- und Beschäftigungsverbotest gem. § 20a Infektionsschutzgesetz, erkundigt sich Frau KA Kotthaus nach den derzeit anhängigen Verfahren und der möglichen, daraus resultierenden Versorgungsknappheit der Krankenhäuser im Herbst / Winter bei steigenden Covid-Inzidenzen. Frau Dr. Susenburger verweist daraufhin auf die intensive Einzelfallprüfung, unter Würdigung aller rechtlich relevanten Tatbestandsvoraussetzungen.

Herr KA Cleve erkundigt sich, wie viele Stellen es aktuell im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst gebe. Hierzu wird in der Niederschrift ergänzend mitgeteilt, dass es im vorgenannten Bereich 8,39 Vollzeitäquivalente gibt, welche im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Teil A) auf 11,36 Vollzeitäquivalente aufgestockt werden sollen.

Der Ausschuss nimmt den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 5:</b>	<b>Corona-Krise: Aktuelle Lage im Kreis Mettmann</b> <b>Hier: Mündlicher Bericht</b>
--------------------	---

Der Tagesordnungspunkt 5 wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4 behandelt und entsprechend protokolliert.

<b>Zu Punkt 6:</b>	<b>Bündnis gegen Depressionen</b> <b>- Vorlage Nr. 53/013/2022</b>
--------------------	---

Frau KA Bisani eröffnet den TOP und begrüßt Frau Keil-Rother, die den Vortrag des Sozialpsychiatrischen Dienstes hält. Die Powerpoint-Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2 (öffentlich)** und das Handout als **Anlage 3 (öffentlich)** angefügt.

Frau KA Ernst bedankt sich zunächst für den Vortrag und erkundigt sich, wieso die Suizidrate im Kreisgebiet im Vergleich zu anderen Kommunen so hoch sei.

Frau Prof. Dr. Janssen führt aus, dass es keine wissenschaftliche Antwort auf die Frage nach der hohen Suizidrate gebe. Sie gibt aber zu bedenken, dass die relativ alte Bevölkerung und die Tatsache, dass Suizid eher ein Phänomen bei älteren Männern sei, ursächlich sein könne. Auch die Stigmatisierung von Depressionen in ländlichen Strukturen könne hier hineinspielen. Sie hebt hervor, dass es sich bei Depressionen um eine Erkrankung aller Bevölkerungsschichten handle, die bildungs- und einkommensunabhängig sei. Die Arbeit im Kampf gegen Depressionen müsse daher langfristig und breit angelegt werden. Als Zielgruppe sollen u.a. Haus- / Fachärzte, Pflege- und Fachkräfte sowie Lehrkräfte angesprochen und geschult werden, um eine Depression erkennen und helfen zu können.

Herr KA Lessing fragt, ob und inwieweit die Sozialpsychiatrischen Zentren eingebunden werden können, woraufhin Frau Arnolds entgegnet, dass die Einbindung der Sozialpsychiatrischen Zentren bisher nicht geplant sei. Vorrangiges Ziel des Bündnisses müsse es sein, die Menschen anzusprechen, die trotz Bedarfslage noch keinen Therapieplatz haben.

Herr KA Cleve erkundigt sich, ob eine halbe Stelle für das Bündnis gegen Depressionen zur vollumfänglichen Aufgabenwahrnehmung ausreichen würde.

Frau Prof. Dr. Janssen entgegnet, sie wisse aus Erfahrung, dass es dabei u.a. auf die Bereitschaft der Ärzte und weiteren Bündnispartnern ankomme. Sofern eine ausreichende Anzahl von Ärzten und Bündnispartnern zur Verfügung stünde, würde eine halbe Stelle zu Koordinationszwecken ausreichen. Herr Kowalczyk weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich um eine zusätzliche, bisher nicht im Haushaltsplan befindliche halbe Stelle handle, um die politisch gewollte zusätzliche Aufgabe erfüllen zu können. Diese halbe Stelle müsse dann investiert und eingebracht werden.

Frau KA Brandenburg regt an, den Kreissportbund zum Projekt hinzuzuziehen. Frau KA Kirchhoff bittet darum, den Hausärzten einen Flyer mit Informationen zum Bündnis gegen Depressionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Keil-Rother erklärt auf Herrn Raunigs Frage hin, in welcher Zeit die Arbeitsaufnahme des Bündnisses erfolgen könne, einen Zeitraum von sechs Monaten zu veranschlagen, sofern die halbe Stelle zur Koordinierung des Bündnisses besetzt sei.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<b>Zu Punkt 7:</b>	<b>Between the Lines</b> <b>Hier: Gesamtdarstellung</b> <b>- Vorlage Nr. 53/005/2022/1</b>
--------------------	--

Herr Kowalczyk führt ins Thema ein und erklärt, dass die Verwaltung nach einer Kosten-Nutzen-Analyse zu dem Schluss gekommen sei, dass eine Umsetzung der Verwaltung im Vergleich zu einer möglichen App-Einführung günstiger und effektiver sei.

Frau Hitzemann erklärt ergänzend, die sozialen Mediengrößere Vorteile bieten als eine App Einführung. Auf Facebook, Instagram und ähnlichen Plattformen könne die adressierte Zielgruppe fortlaufend über mögliche Hilfsangebote informiert werden. Darüber hinaus ist die Zielgruppe in der Regel sowieso sehr aktiv in den sozialen Medien.

Herr KA Cleve gibt an, dass seine Fraktion eine ähnliche Meinung vertrete. Er schlägt ferner vor, den Kreisjugendrat bei der Konzeption zu beteiligen.

Frau KA Ernst führt aus, dass sie den Ansatz über soziale Medien zu gehen für gut halte. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Zeitplan, woraufhin Frau Hitzemann das Frühjahr 2023 als Startzeitpunkt benennt.

Auf Herrn Raunigs Frage, ob die Verwaltung das benötigte Personal zur Pflege des Hilfsangebotes über die sozialen Medien habe, antwortet Frau Hitzemann, dass der gegenständliche Bereich personell ausreichend ausgestattet sei.

Sodann wird getrennt nach Beschlussziffern abgestimmt:

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Einführung der Between-The-Lines-App durch die Kreisverwaltung wird nicht realisiert.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

(bei 4 Enthaltungen der Fraktion Bündnis'90/DIE GRÜNEN zu Beschlussziffer 1)

Sodann wird über Beschlussziffer 2 in modifizierter Fassung abgestimmt:

**Beschlussvorschlag:**

2. Die Verwaltung wird beauftragt eine Social Media-Kampagne in Verbindung mit dem neuen Internetauftritt des Kreises und unter Einbindung des Kreisjugendrates umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

<b>Zu Punkt 8:</b>	<b>Aufgabenänderungen im Begleitenden Dienst</b> <b>- Vorlage Nr. 57/004/2022</b>
--------------------	--

Frau KA Bisani erteilt Frau Weiß das Wort. In das Thema einfürend hebt sie besonders hervor, dass die gesetzlichen Änderungen zu einem Wegfall der Zuständigkeit im Bereich der Frühförderung geführt hätten. Für diesen Aufgabenkomplex - inklusive aller Beratungsleistungen - sei der Landschaftsverband Rheinland zuständig. Der Kreis hingegen sei als Träger der

Eingliederungshilfen für Schulkinder von der Einschulung bis zum Abschluss der Sekundarstufe II zuständig. Hier habe sich durch die dritte Reformstufe des BTHG eine deutliche Erweiterung des Aufgabenvolumens insbesondere im Rahmen der Bedarfsermittlung ergeben, die nun mithilfe der Mitarbeitenden des Begleitenden Dienstes fachkompetent abgedeckt werden können.

Herr KA Cleve fragt, ob es in diesem Zusammenhang zu einer Personaleinsparung komme, was durch Frau Weiß verneint wird. Die Mitarbeitenden des begleitenden Dienstes würden im Rahmen ihrer Fachkompetenz künftig für die Bewältigung von Pflichtaufgaben nach dem SGB IX eingesetzt.

Herr Kowalczyk betont, dass die Verwaltung eine mögliche Stelleneinsparung geprüft habe.

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Zu Punkt 9:            Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen  
gem. § 83 GO NRW (Haushalt 2022)  
- Überplanmäßige Mittel der Kostenstelle K05010101 - Eingliederungshilfe nach dem SGB IX  
- Vorlage Nr. 20/015/2022**

Herr Kowalczyk erläutert, dass die eingeplanten Mittel - trotz bestwisentlicher Planung der Verwaltung - nicht ausreichen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt den nachfolgend aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen i.H.v. **1,23 Mio. €** beim Produkt 05.01.01 gemäß § 83 GO NRW zu:

überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen

Produkt:            05.01.01 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX  
Kostenart:        53318001 / 73318001  
Bezeichnung:     sonstige Eingliederungshilfe  
Betrag:            1.200.000 €

Produkt:            05.01.01 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX  
Kostenart:        53318002 / 73318002  
Bezeichnung:     Eingliederungshilfe Pool  
Betrag:            30.000 €

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**Zu Punkt 10:        Nachträge**

**Zu Punkt 10.1:    Übersicht Beratungsstellen zu Schwangerschaft, Schwangerschaftskonflikten  
- Vorlage Nr. 53/014/2022**

Frau KA Bisani erteilt Frau KA Ernst das Wort, welche zunächst die Priorität der Bevölkerungsaufklärung betont. Besonders durch die bundesgesetzlichen Anpassungen der jüngsten Vergangenheit könne nun über die Beratungsstellen zu Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikten im Kreis Mettmann informiert werden.

Frau KA Brandenburger befürwortet den Antrag und regt an, im Gesundheitsausschuss fortlaufend über die Umsetzung zu berichten.

Frau KA Stolz befürwortet den Antrag ebenfalls, aber gibt zu bedenken, dass einige Ärzte aufgrund von möglichen Anfeindungen ggf. nicht gelistet werden wollen. Herr Kowalczyk schließt sich dem Gedanken von Frau KA Stolz an.

### **Beschlussvorschlag:**

Wir bitten die Kreisverwaltung nach der erfolgten Aufhebung des § 219a StGB und der damit verbundenen Verbesserung der Informationsmöglichkeit im Zusammenwirken mit den örtlichen gynäkologischen Praxen und Beratungsstellen eine Übersicht zu erstellen und diese in geeigneter Form zu veröffentlichen, wo Beratungen zu Schwangerschaft, zu Schwangerschaftskonflikten sowie zu Schwangerschaftsabbrüchen durchgeführt werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**  
(bei 1 Enthaltung der AfD-Fraktion)

Frau KA Bisani stellt die Nichtöffentlichkeit her.

### **Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 19:30 Uhr**

gez.  
**Ina Bisani**

gez.  
**Florian Pinnow**